



Ortsverwaltung Neusatz

04/2020 ö

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Ortschaftsrates von Neusatz
am Dienstag, 02. Juni 2020
in der Schlossberghalle Neusatz
Sitzungsdauer: 19:30 –20:45Uhr

Anwesend sind:

- | | | |
|----|------------------|---|
| 1. | Vorsitzender | Juchem, Hans-Wilhelm, Ortsvorsteher |
| 2. | Ortschaftsräte: | Altmeyer, Ruth
Fallert, Franz
Kist, Manfred
Krampfert, Helmut
Krug, Stefan
Merz Dominik
Oberle Hubert
Westermann, Simon
Zahn, Alexander
Zink, Matthias |
| | Stadträte: | Löschner Ludwig
Dr. Moosheimer, Johannes |
| | Entschuldigt: | |
| 3. | Protokollführer: | Häringer, Petra |
| 4. | Zuhörer: | 12 |
| 5. | Presse | 2 |

Tagesordnung

1. Bürgerfragestunde
2. Information über im Umlaufverfahren gefasste Beschlüsse
3. Verkehrsmaßnahme Omerskopfstraße
4. Beitritt zur Initiative Motorradlärm
5. Ausbau Schwarzwaldstraße –Einmündung Sommerseite bis Neusatzeck-
6. Errichtung von Vereinsgaragen
7. Berichte und Anfragen

Es wird beraten und beschlossen:

1. Bürgerfragestunde

Von Seiten eines Bürgers wurde angefragt, auf welcher Basis die Tagesordnungspunkte 3 und 4 diskutiert werden und ob die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft Verkehr in direktem Zusammenhang mit den oben genannten Punkte stehe.

Ein Bürger möchte wissen, wieviel der Ortschaftsräte an der Schwarzwaldstraße wohnen und den Verkehrslärm beurteilen können.

Von einem an der Omerskopfsstraße wohnenden Bürger wurde darauf hingewiesen, dass er bereits im September letzten Jahres einen Antrag auf eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 50 km/h an der Omerskopfsstraße von Neusatzeck bis Ortsende gestellt habe. Bis heute jedoch nicht passiert sei.

Ortsvorsteher Hans-Wilhelm Juchem erklärt dem Bürger, dass es sich hierbei um eine verkehrsrechtliche Anordnung handle und diese beantragt werden müsse. Die Arbeitsgruppe Verkehr befasst sich mit dieser Angelegenheit. Aufgrund der Corona-Pandemie konnte die Arbeitsgruppe nicht tagen und somit konnte diesbezüglich noch kein Antrag gestellt werden.

Von Seiten eines weiteren Bürgers wurde zum Verständnis die Frage gestellt, worum auf der Schwarzwaldhochstraße B 500 eine fast durchgehende Geschwindigkeitsbeschränkung von 70 km/h bestehe und auf einer Zubringerstraße 100 km/h erlaubt seien.

Ortsvorsteher Hans-Wilhelm Juchem erklärt, dass diese Geschwindigkeitsbeschränkung auf den vielen schweren Unfällen beruht. Grundsätzlich sind in Deutschland auf allen außerörtlichen Straßen 100 km/h erlaubt.

Bezugnehmend auf eine Geschwindigkeitsbeschränkung fragt ein Bürger an, wieviel Unfälle passieren müssen damit eine Geschwindigkeitsbeschränkung eingerichtet wird.

Eine Bürgerin erkundigt sich nach den Auswertungen der Geschwindigkeitsmessungen im Bereich der Omerskopfsstraße.

Ortsvorsteher Hans-Wilhelm Juchem informiert, dass er die Auswertungen beim Ordnungsamt angefordert habe aber bis zur Ortschaftsratsitzung noch nicht vorlagen.

2. Information über im Umlaufverfahren gefasste Beschlüsse

Ortsvorsteher Hans-Wilhelm Juchem informiert, dass in der letzten nichtöffentlichen Sitzung am 17. März nachfolgende Beschlüsse gefasst wurden.

- Aufbau einer E-Ladesäule
- Hinweistafel „Ortenauer Weinpfad“ restaurieren und wieder aufstellen
- Zustimmung für den Ausbau der KiGa Waldhütte in Höhe von 18.000 € aus Globalmittel

Des Weiteren wurden bei einer nichtöffentlichen Video-Sitzung am 12. Mai nachfolgende Beschlüsse gefasst.

- Bauantrag im vereinfachten Verfahren auf Errichtung eines Wintergartens an bestehendes Wohnhaus, Linz, Rudolf, Waldmattstr. 10,
- Bauvoranfrage auf Neubau eines Einfamilienhauses mit Einliegerwohnung und Doppelgarage, Seiter, Artur, Hardkopfweg 3
- Bauantrag auf Neubau eines Dachgaube, Barbara Steiner und Werner Stimmler, Heubergstraße 10

3. Verkehrsmaßnahme Omerskopfstraße

Ortsvorsteher Hans-Wilhelm Juchem informiert, dass im November 2019 aus engagierten Bürgern und Mitgliedern des Ortschaftsrates eine Arbeitsgruppe gebildet wurde. Diese AG arbeitet Maßnahmen zur Verbesserung des ruhenden und fließenden Verkehrs aus. Auf Grund der Corona-Pandemie konnte der von der AG erstellte Zeitplan nicht eingehalten werden, jedoch war sich die AG einig, dass im Bereich der Omerskopfstraße folgende Maßnahmen eingeleitet und umgesetzt werden sollten:

- Eine durchgängige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h vom Ortsende bis zum Abzweig „Im Schönbrunn“ in beiden Richtungen
- Die dauerhafte Installation von zwei Smiley-Geschwindigkeitsanzeigergeräte im Bereich der Ausfahrt aus der Frankenbachstraße (berg- und talwärts)
- Mehrtägige Messungen durch einen Blitzanhänger
- Radarmessungen durch die Polizei

Möglich wäre auch die Installation eines Lärmmessgerätes, wie von Sasbachwalden aufgestellt. Jedoch kostet so ein Messgerät rund 17.000 € plus rund 3.000 € für die Aufstellung und Wartung durch den Bauhof

Ortschaftsrat Franz Fallert bescheinigt der AG Verkehr eine gute Arbeit. Franz Fallert hat Verständnis für die Belange der Anwohner und befürwortet die ausgearbeiteten Vorschläge der AG Verkehr, wie eine durchgängige Geschwindigkeitsbeschränkung von 50 km/h, Messungen mit dem Blitzanhänger, ein Smiley sowie Radarmessungen durch die Polizei. Der Anschaffung von einem Lärmmessgerät kann Franz Fallert nur zustimmen wenn dieses durch die Stadt Bühl oder einem anderen Geldgeber beschafft werden könne.

Ortschaftsrat Helmut Krampfert versteht die Situation der Anwohner und befürwortet die genannten Maßnahmen. Helmut Krampfert macht deutlich, dass die ganze Situation nur durch eine konsequente Überwachung und Sanktionen in den Griff zu bekommen sei. Bezüglich der angedachten Smileys vertritt Helmut Krampfert die Meinung, dass diese in der Anschaffung sehr teuer sind und nicht viel bringen. Helmut Krampfert sehe es als viel wichtiger an, dass Geschwindigkeitsmessungen forciert und mindestens eins bis zwei Anhalte Kontrollen durch die Polizei im Vierteljahr durchgeführt werden. Die Messanhänger ab und zu aufzustellen ist eine gute Option und bringt der Stadt Geld.

Ortsvorsteher Hans-Wilhelm Juchem teilt mit, dass in der letzten Woche von der Polizei eine Geschwindigkeitskontrolle durchgeführt wurde. Dabei wurden keine Lärm- und Geschwindigkeitsüberschreitungen festgestellt. Des Weiteren teilt Hans-Wilhelm Juchem

mit, dass von Seiten des Ordnungsamtes zugesagt wurde, den Messanhänger in nächster Zeit in Neusatz aufzustellen.

Ortschaftsrat Hubert Oberle teilt mit, dass es besser gewesen wäre, wenn vor der Corona-Pandemie noch eine abschließende Sitzung der AG Verkehr stattfinden hätte können. Hubert Oberle macht deutlich, dass der derzeit Verkehr auch aufgrund der gesperrten Sandstraße und der Verdrängung des Verkehrs durch Sasbachwalden deutlich mehr sei. Hubert Oberle macht nochmals deutlich, dass bezüglich der angedachten Maßnahmen schnellst möglich gehandelt werden müsse, auch seien seiner Meinung nach zwei Smileys optimal kann aber auch mit einem Smiley leben. Hubert Oberle macht auch deutlich, dass 70 bis 80% der Verkehrsteilnehmer einsichtig sind, begrüßt, dass bei den restlichen uneinsichtigen Verkehrsteilnehmer die angedachten Maßnahmen schnellstmöglich umgesetzt werden, da dies auch der Stadt Geld bringe.

Ortschaftsrat Dominik Merz sieht es auch als sehr sinnvoll an, dass im Bereich der Omerskopfstraße eine durchgängige Geschwindigkeitsbeschränkung von 50 km/h eingerichtet und engmaschig kontrolliert werde. Denn durch die verschärften Bußgelder könnte man über Kontrollen viel erreichen.

Beschlussvorschlag:

Auf Vorschlag sollen für den Bereich Omerskopfstraße nachfolgende Maßnahmen dringend eingeleitet werden:

1. Durchgängige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h vom Ortsende Schild bis zum Ende der Linkskurve nach dem Abzweig „Im Schönbrunn“ in beiden Richtungen.
2. Mehrtägige Messungen mit einem „Blitzanhänger“.
3. Radarmessungen durch die Polizei, um auch Motorradfahrer belangen zu können, die sich nicht an die Geschwindigkeitsbeschränkungen halten.
4. Dauerhafte Installation von 1 (bzw. 2) Smiley-Geschwindigkeitsanzeigegeräten im Bereich der Ausfahrt aus der Frankenbachstraße.

Beschluss:

Punkt 1 bis 3 einstimmig

Punkt 4 7 Ortschaftsräte für einen Smiley
 3 Ortschaftsräte für zwei Smiley

4. Beitritt zur Initiative Motorradlärm

Ortsvorsteher Hans-Wilhelm Juchem stellt dem Gremium die von Minister Hermann und Lärmschutzbeauftragten Marwein und Bürgermeisterin Sonja Schuchter von Sasbachwalden in Stuttgart den ausgearbeiteten Forderungskatalog der „Initiative Motorradlärm“ in Stuttgart vor. Der Initiative sind bereits 99 Kommunen und 7 Kreise beigetreten.

Der Forderungskatalog besteht den nachfolgenden Forderungen, denen sich der Bundesrat am 15. Mai 2020 mit großer Mehrheit für eine wirksame Minderung und Kontrolle von Motorradlärm ausgesprochen hat.

Das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg hatte in die Beratungen im Bundesrat den Forderungskatalog um weitere notwendige Punkte ergänzt, die der Bundesrat am 15.5. beschlossen hat:

- Genehmigungs- und Zulassungsregeln müssen überarbeitet werden
- Hersteller und Händler sollen leisere Motorräder produzieren und anbieten
- Umstieg auf nachhaltige und lärmarme Mobilität ist ein Muss
- Motorradfahrer werden aufgefordert, rücksichtsvoll und leise zu fahren
- Stärkere Verkehrsüberwachung und Ausweitung der Kontrollmöglichkeiten
- Beschränkungen und Verbote müssen in besonderen Fällen möglich sein
- Vorsätzlich lärm erzeugende Fahrweisen müssen stärker geahndet werden
- Der Bund muss eine Lösung finden, damit insbesondere „Raser“ einer Strafe nicht entgehen können
- Alternative wird zumindest die Einführung einer Halterhaftung gefordert

Hans-Wilhelm Juchem sieht es als eine moralische Verpflichtung, dass die Stadt Bühl ebenfalls der Initiative beitrifft.

Ortschaftsrat Franz Fallert vertritt die Meinung dass nicht nur die Ortsverwaltung Neusatz sondern alle Ortsverwaltungen der Großen Kreisstadt Bühl auf die Stadt bezüglich einem Beitritt in die Initiative hinwirken sollten. Laut Auskunft von Franz Fallert ist eine Mitgliedschaft kostenfrei.

Ortschaftsrat Hubert Oberle befürwortet den Beitritt in die Initiative.

Ortschaftsrat Helmut Krampfert sieht es als notwendig an, der Initiative beizutreten.

Beschlussvorschag:

Von Seiten des Ortschaftsrates und der Ortsverwaltung wird der Stadt Bühl vorgeschlagen der Initiative „Motorradlärm“ beizutreten.

Beschluss:

9	ja
1	nein

5. **Ausbau Schwarzwaldstraße –Einmündung Sommerseite bis Neusatzeck-**

Ortsvorsteher Hans-Wilhelm Juchem informiert den Ortschaftsrat, dass entsprechend der Mitteilung des Reg. Präs. Karlsruhe unter anderem ab der Einmündung Sommerseite bis Neusatzeck im Jahre 2021 die Fahrbahndecke saniert werde. Im Zuge der Sanierung werden von Seiten der Stadtwerke gleichzeitig diverse Leitungen verlegt werden. Da in diesem Abschnitt auf 650 m kein Gehweg und auf 400 m keine Randsteine vorhanden sind, wäre es sinnvoll, dass bei der Stadt Bühl ein Antrag auf Anlegen eines Gehweges in diesen Bereichen gestellt werde.

Ortschaftsrat Hubert Oberle erläutert, dass eine solche Maßnahme in diesem Zusammenhang dringend notwendig sei und man diese Chance nicht verpassen sollte. Hubert Oberle bittet auf die Stadt darauf hinzuwirken dass die Planung und eventuelle Grunderwerbe in Gange kommen. Je weiter hoch ein Gehweg entlang der Omerskopfstraße angelegt würde umso besser wäre es. Vor Seiten Hubert Oberle wäre es auch möglich, dass die Straßensanierung um ein Jahr verschoben würde, wenn für das Planungsverfahren mehr Zeit benötigt würde.

Ortschaftsrat Alexander Zahn befürwortet die Anlegung eines Gehweges bis zur Kappler Waldstraße.

Ortschaftsrat Helmut Krampfert sieht einen Gehweg als einen Sicherheitsaspekt, da in diesem Bereich das Verkehrsaufkommen doch sehr hoch sei.

Ortschaftsrat Franz Fallert steht der Anlegung eines Gehweges im Zuge der Straßensanierung positiv entgegen, da eine nachträgliche Anlegung um einiges teurer werde.

Ortschaftsrat Dominik Merz sieht einen Gehweg als sehr dringlich an, da auch die Sicherheit der Kinder, Anwohner und auch des Tourismus besonders auch im Herbst bei Nebel oder Nieselregen in diesem Bereich unterwegs sind. Die Maßnahme muss an erster Priorität stehen und somit die Chance ergreifen.

Beschlussvorschlag:

Der Ortschaftsrat bittet um Durchführung einer Gehwegeplanung im oberen Bereich der Schwarzwaldstraße und der Omerskopfstraße bis zur Kappeler Waldstraße im Jahr 2020.

Beschluss:

einstimmig

6. Errichtung von Vereinsgaragen

Ortsvorsteher Hans-Wilhelm Juchem teilt dem Ortschaftsrat mit, dass seit längerer Zeit von einigen Neusatzer Vereinen der Wunsch nach einer Vereinsgarage in der Nähe der Schlossberghalle bestünde. Da es sich bei diesen Garagen um eine reine Baumaßnahme in Form von Fertiggarage handle, wurde von Seiten der Verwaltung SBI mitgeteilt, dass nicht die Stadt Bühl sondern die Vereinsgemeinschaft als Bauantragsteller auftreten müsse. Des Weiteren teilt Ortsvorsteher Hans-Wilhelm Juchem mit, dass bezüglich des Standortes der Garagen mit dem städtischen Brandschutzbeauftragten Arndt Viebhan eine Ortsbesichtigung stattfand. Dabei wurde erklärt, dass die Garagen neben der Schlossberghalle einen Mindestabstand von 5,00 m haben müssen, je nach Größe der Garagen ist eine Brandschutzrechtliche Genehmigung erforderlich. Dies betreffe nicht nur die drei Garagen neben der Schlossberghalle sondern auch die Garagenerweiterung auf der Ostseite. Da dort die Garagen direkt angebaut werden sollen ist für die brandschutzrechtliche Beurteilung das Gesamtvolumen der sechs Garagen ausschlaggebend.

Ortsvorsteher Franz Fallert stellt die Frage in den Raum ob das Vorhaben nach den genannten Forderungen noch realisierbar sei. Franz Fallert fragt ebenfalls an, ob die Ortsverwaltung nicht im Namen der Vereine den Bauantrag stellen könne.

Ortsvorsteher Hans-Wilhelm Juchen erklärt, dass die Ortsverwaltung eine städtische Einrichtung ist und den Bauantrag nicht stellen kann. Dies müssen die Vereine selbst machen.

Ortschaftsrat Manfred Kist macht deutlich, dass man sich auf die Vereinsgaragen konzentrieren solle und der Bauantrag von einer Vereinsgemeinschaft gestellt werden muss. Manfred Kist teilt mit, dass er bereits von drei bis vier Wochen verschiedene Kostenvoranschläge für Garagen angefordert habe. Manfred Kist erkundigt sich ob diese bei der Ortsverwaltung bereits eingegangen seien und gegebenenfalls diese nochmals nachfordern.

Ortschaftsrat Hubert Oberle erklärt, dass jede Person oder Vereinigung auf einem fremden Gelände ein Bauantrag stellen kann. Es bedarf nur der Zustimmung des Grundstückseigentümers. Damit die Garagen ein einheitliches Bild abgeben sollten die Garagen die an die bestehenden Garagen angebaut werden ebenfalls ein Satteldach erhalten, damit ein einheitliches Bild entstehe. Die Garagen auf der anderen Seite neben der Schlossberghalle könnten auch ohne Dach erstellt werden. Bezüglich des Standorts wurde von Hubert Oberle angefragt ob die Garagen auch um 90° gedreht werden könnten. Hubert Oberle bittet darum, dass der Brandschutzbeauftragte und die Vereine zu einem Vororttermin zur Klärung sämtlicher offenen Fragen eingeladen werden. Danach könnte immer noch ein Bauantrag durch die Vereine gestellt werden.

Ortschaftsrat Helmut Krampfert stellt in den Raum ob auf Grund der komplizierten Handhabung überhaupt noch von den Vereinen dann Interesse an einer Garage bestehe. Dies sollte vorab geklärt werden.

Ortschaftsrat Simon Westermann findet auch, dass die Garagen entlang des Muhrbaches ein Dach erhalten sollten. Simon Westermann fragt an, ob die Garagen mit einem Satteldach und einem überdachten Platz eventuell doch über das Leader Programm bezuschusst werden könnten.

Folgende Vereine haben an einer Garage Interesse:

Dorfgemeinschaft Waldmatt
Musikverein Grüne Jäger Neusatz
Heimatverein Neusatz
Niesatzer Immensteinhexen
Rennrodler Neusatz

Beschlussvorschlag:

Von Seiten des Ortschaftsrates wird gefordert, dass vor Bauantragstellung eine Ortsbesichtigung mit dem Brandschutzbeauftragten, den Vereinen und dem Ortschaftsrat für eine genaue Planung stattfinden soll. Erst danach soll eine Bauantragstellung durch die Vereine erfolgen.

Beschluss

einstimmig

7. Berichte und Anfragen

7.1 Berichte

Ortsvorsteher Hans-Wilhelm Juchem berichtet über

- 7.1.1 die Baugenehmigung im vereinfachten Verfahren zum Abbruch einer Garage und Neubau eines Einfamilienwohnhauses in Blockbauweise mit Carport in der Gebersbergstr. 17 A
- 7.1.2 die Baugenehmigung im vereinfachten Verfahren für den Aufbau eine Dachgaube in der Heubergstr. 10
- 7.1.3 die Verlängerung des Bauvorbescheides der Bauvoranfrage für den Neubau einer Einfamilien-Doppelhaushälfte mit integrierter Garage in der Gebersbergstr. 22 B
- 7.1.4 die Verkehrskontrolle mit Geschwindigkeitsmessung mit Laser in der Omerskopfstraße am Donnerstag 28. Mai durch die Polizei. Hierbei wurden bei 50 Fahrzeugen die Geschwindigkeit gemessen und keine Geschwindigkeitsverstöße festgestellt. Darüber hinaus wurden drei Motorradfahrer kontrolliert, Hinweise auf technische Veränderungen wurden nicht festgestellt.

- 7.1.5 den Stadtnachrichten Aufruf mit der Bitte um Mitteilung ob der Bedarf an einer E-Ladesäule in Neusatz bestünde. Ein Neusatzer Bürger hat sich darauf gemeldet.
- 7.1.6 die Anmeldung und Bewilligen der Globalmittel. Von Seiten der Ortsverwaltung wurden 20.000 € für das Jahr 2021 an Globalmittel angemeldet und bewilligt.

7.2 Anfragen

- 7.2.1 Ortschaftsrat Stefan Krug erkundigt sich nach dem Sachstand bezüglich des Müllwendeplatzes am Stitti.
Ortsvorsteher Hans-Wilhelm Juchem teilt mit, dass am 16. Juni mit Vertretern der Verwaltung eine Ortsbesichtigung zur Klärung stattfinden werde.

Ortsvorsteher

Ortschaftsrat

Hans-Wilhelm Juchem

Protokollführerin

Petra Häringer